

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Für moderne Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Als Folge des Strukturwandels in der deutschen Wirtschaft kommt dem Dienstleistungsbereich im Vergleich zu anderen Sektoren jetzt und für die überschaubare Zukunft vor allem im Zusammenhang mit der Arbeitsplatz- und Ausbildungssituation wachsende Bedeutung zu. Dies gilt in besonderem Maße für den Freizeit- und Tourismusbereich, eine Branche, die vielfältige und zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet. Es ist notwendig, daß ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit vor allem auch durch eine Verbesserung der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig gestärkt wird.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung der Modernisierung bestehender und der Schaffung neuer Ausbildungsberufe einen hohen Stellenwert zuweist; dies trifft ebenso auf die Fortbildung zu. Im Fortbildungsbereich ist mit der im April 1996 beschlossenen Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (sog. Meister-BAföG) ein wichtiger Schritt getan worden, um den Tourismusfachkräften neue Bildungschancen zu eröffnen. Auch Kammerregelungen bieten mit der Fortbildungsprüfung zum „Touristikfachwirt“ Qualifizierungsmöglichkeiten. Der Deutsche Bundestag nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Bundesregierung die Neuordnungsverfahren für wichtige Berufe im Bereich Freizeit und Tourismus in Angriff genommen hat. Er fordert die Bundesregierung auf, diese Vorhaben zügig voranzutreiben und etwaige Hemmnisse auf dem Weg zu einer schnellen Realisierung auszuräumen, damit ein qualifiziertes Ausbildungsangebot besteht. Dies gilt vor allem für die neuen Bundesländer, auf die rd. 30 % aller neuen im Tourismusbereich abgeschlossenen Ausbildungsverträge entfallen.

1. Reiseverkehrskaufmann/Reiseverkehrskauffrau

Das Neuordnungsverfahren ist am 12. Mai 1995 begonnen worden. Innerhalb des abgesteckten Rahmens für die künftige Ausbildung werden besondere Akzente gesetzt, sowohl im Bereich der Lizenzgestaltung bei der Buchung von Bahn- und

Luftfahrttickets als auch bei der Berücksichtigung von Lerninhalten im Hinblick auf sanften Tourismus und verstärkte Kundenorientierung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die beteiligten Sozialpartner zur Überwindung der noch bestehenden Strukturprobleme für die Ausbildungsordnung anzuhalten, damit das angepeilte Ziel erreicht wird, zum 1. August 1998 moderne betriebliche und schulische Ausbildungsvorschriften in Kraft zu setzen.

2. Hotel- und Gaststättenberufe

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung kürzlich ein Paket von insgesamt sechs Neuordnungsverfahren auf den Weg gebracht hat. Er mißt dem neuen Beruf für die Systemgastronomie wegen der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung dieses Zweiges und wegen seiner günstigen Perspektiven für Lehrstellen und Beschäftigung besonderes Gewicht bei. Er fordert die Bundesregierung auf, das Verfahren mit dem Ziel einer Inkraftsetzung der neuen Vorschriften zum 1. August 1998 voranzutreiben.

3. Fremdenverkehrsamtsleiter, Reiseleiter

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, neue Qualifikationsansätze zu entwickeln, um dadurch die Professionalität der Fremdenverkehrsämter auf ein höheres Niveau zu heben. Dagegen steht er der Möglichkeit, für den Beruf des Reiseleiters einen einheitlichen Ausbildungsgang innerhalb des dualen Systems der Berufsbildung zu definieren, angesichts der Vielfalt an Einzelqualifikationen und der besonderen Anforderungen an die soziale Kompetenz eher skeptisch gegenüber. Die Bundesregierung wird aufgefordert, andere Möglichkeiten zu prüfen, geeignete Interessenten auf die Ausübung dieser Tätigkeit geordnet vorzubereiten.

4. Neue Berufe in der Tourismusbranche

Die Modernisierung der Ausbildungsordnungen sowie die Entwicklung neuer Berufsprofile sind wichtige Instrumente der Anpassung der beruflichen Bildung an den sich verändernden Qualifikationsbedarf der Wirtschaft. Neue Serviceberufe im Verkehrswesen bieten nicht nur Jugendlichen interessante Berufsprofile am Boden und in der Luft, sondern tragen durch neue Ausbildungsplätze zur Entlastung der Ausbildungsplatzsituation bei.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, diese Vorhaben voranzutreiben und die Sozialpartner anzuhalten, weitere Vorschläge für neue Berufsprofile zu erarbeiten, die am Ausbildungsplatz- und Arbeitsmarkt verwertbar sind und damit den Jugendlichen reelle Chancen im Beschäftigungssystem bieten.

Bonn, den 11. Juni 1997

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion